

# Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ erscheint werktäglich. Monatlich. Bezugspreis 1.70 RM. Zustellgebühr 20 Pf. Bestellungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Postämtern, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Anzeigenpreise:  
Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 93 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pf.; Nachschaffteile E, Ziffer- und Nachschaffteile 25 Pf. jeweils Porto.

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Jßha und des Bürgermeisters zu Zschopau beauftragte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Ergebenbüchse Handelsbank z. G. m. b. H. Zschopau, Gemeindegeldkonto Zschopau Nr. 241, Postfachkonto: Leipzig Nr. 42.664 — Fernsprecher: Nr. 712

Zeitung für die Orte: Bärnichen, Dittmarsdorf, Dittmannsdorf, Gornau, Hohnsdorf, Krumhermersdorf, Scharfenstein, Schölkben, Potschendorf, Walddörchen, Weichbach, Wiltschthal, Wilschdorf

Nr. 68

Dienstag, den 21. März, 1939

107. Jahrgang

## Schamlose Lügenhebe

### Feldzug der Demokratien gegen Deutschland — Gewissenlose Panikmache

Eine Hebe ohnegleichen hat gegen Deutschland eingeleitet, um eine Front aller „demokratischen Staaten“ gegen das nationalsozialistische Deutschland zu bilden. Es ist ein typischer Einfreisungsfeldzug, der von London und Paris in Szene gesetzt ist, und bei dem die erprobten Lügenheben, die schon so manche Kampagne glücklich gelandet haben, wieder eingesetzt worden sind. Wenn man alle Lügen aus London, Paris und Washington zusammenstellt, dann ergibt sich daraus, daß Deutschland beschuldigt, sämtliche mittleren und kleineren Staaten Europas demnächst zu annektieren.

Rumänien hat man bei der Lügenhebe in den Vordergrund geschoben. Angeblich liegt in Bukarest bereits ein Ultimatum Deutschlands vor. Obwohl man von rumänischer Seite sofort diese niederträchtige Lüge dementiert hat, setzen sich die internationalen Brummverleger darauf, daß die Rumänen, die ihre Beziehungen weiter aufrecht. Sie wollen sogar wissen, daß Rumänien zur Abwehr einer militärischen Bedrohung durch Deutschland etwa 200.000 Mann an der Grenze mobil gemacht habe, und dieser Widerstand wird den anderen Staaten in Südosteuropa als Vorbild hingestellt.

Dahinter werden alle die Staaten, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei, aufgeführt, denen angeblich die „deutsche Gefahr“ droht. Natürlich will sich auch die Schweiz in die Reihe der bedrohten Staaten gezählt wissen, und selbst die nordischen Staaten haben angeblich einen Einmarsch deutscher Truppen zu erwarten, gleich, ob das nun Holland, Dänemark oder die skandinavischen Staaten sind.

Die Mente der Lügenheben, die sofort in alle Windrichtungen sich verstreut hat und nun aus allen Ecken und Enden Mitteleuropas ihre schamlosen Lügenberichte nach Paris, nach London oder nach Washington sendet, hat dabei auch nicht vergessen, von „maßlosem Mächtegleichgewicht“ in Böhmen und Mähren zu reden und von angeblichen „Unruhen“ in den Gebieten, die sich eben unter den Schutz Großdeutschlands gestellt haben. Die Lüge Berlin—Rom wird wieder einmal als beängstigend hingestellt, und da man gerade bei Italien, wie man zu berichten, daß italienische Truppen Albanien besetzt und die Hauptstadt Tirana bereits eingenommen haben.

### Neue Einfreisungspolitik

Die Ziele dieser niederträchtigen Lügenoffensive sind vollkommen klar. Man sucht einen Vordruck der Staaten Europas gegen Deutschland zustande zu bringen und auf diese Weise die Rache der Demokratien zu kühlen. Die kleinen Staaten glauben man sich am besten dadurch zu verpflichten, daß man sie in Panikstimmung hält und ihnen in den grauenhaftesten Farben die deutsche Gefahr an die Wand malt. Die sogenannten Weltbeglucker und Verschleier der demokratischen Ideen haben wieder einmal die Mäße verloren, und wir sehen in ihr brutales und von Haß verzerrtes Gesicht. Nachdem wir den Ring, den die Staaten von Versailles um Deutschland gelegt hatten, gesprengt und die Einfreisungspolitik zunichte gemacht haben, betreibt man in London und Paris eine neue Einfreisung.

### Liebeswerben um Moskau

Die Londoner „Times“ hat die Karte aus dem Sack gelassen, wenn sie in ziemlich deutlicher Form von der Möglichkeit einer gemeinsamen Front aller demokratischen Staaten unter Englands Führung spricht, wobei eigenhändig die Sowjetdiktatur neben Frankreich als einer der wichtigsten Faktoren eines solchen demokratischen Paktes angesehen wird. Der „Daily Telegraph“ weist weiter zu melden, daß der Londoner Sowjetbotschafter Malinowski erlitten worden sei, die Ansicht seiner Regierung über „gewisse Punkte“ „einzuhaken“, denen man in London wesentliche Bedeutung belege. Andere Londoner Blätter bestätigen die Gerüchte, nach denen die britische Regierung Moskau formell aufgefordert habe, seine Beteiligung an einem Pakt mit England und Frankreich zu prüfen.

Die Pariser Presse muß ihrerseits ebenfalls zugeben, daß London nicht nur in Warschau, in Sofia, in Ankara, Belgrad, Athen und wo es sonst noch sei, vorfalle, sondern vor allen Dingen auch in Sowjetrußland, und daß sich bereits eine englisch-sowjetrußische Annäherung abzeichne.

### Traner um die verlorenen 40 Divisionen

Die Pariser „Epoque“ plaudert dann schließlich noch ein bißchen aus der Schule und meint: „Früher, als die deutsche Armee sich noch in die Pläne des Reiches

bohrte, als 40 Divisionen eine der reichsten deutschen Provinzen bedrohten und als die Flugzeuge von der böhmisches Plattform gegen Berlin, Dresden und München aufsteigen konnten, wäre dies alles viel leichter gewesen; heute ginge es nur noch, wenn man sich auf „die riesige Diktatur Sowjetrußland“ stütze.“

### Seher am Pranger

Bulgarien, das als alter Bundesgenosse Deutschlands weiß, was es an der deutschen Freundschaft hat, läßt sich von der maßlosen Lügenhebe nicht beunruhigen. In einem der führenden sowjetischen Blätter ist ein Artikel erschienen, der in heftigen Worten gegen jene Kreise Stellung nimmt, die ihre Hauptaufgabe in Bulgarien darin sehen, das bulgarische Volk gegen Deutschland mit Schlagworten wie „Drang nach dem Osten“ und „Panlawismus“ aufzuwachen.

In der italienischen Presse werden die englisch-französischen Versuche zur Bildung einer „demokratischen Einheitsfront“ aufs stärkste gebrandmarkt. Die Manöver in London und Paris werden übereinstimmend als ein Beweis dafür betrachtet, daß den demokratischen Hauptstädten nach wie vor jedes Verständnis für die lebenswichtigen Bestrebungen der jungen Völker fehle und man sich deshalb heute auf eine strategische Verteidigungsfront beschränken müsse.

### „Zeit der Wälzertouren ist vorbei“

In bemerkenswerter scharfer Weise wendet sich der Direktor des halbamtlichen italienischen „Giornale d'Italia“ gegen die neue Verleumdungswelle gewisser französischer Blätter und gegen die hartnäckig verfolgten Hoffnungen, daß Italien in die Arme Frankreichs zurückgeführt werden könnte. Man täusche sich, wenn man glaube, damit den Geist des italienischen Volkes zu schwächen und ihn von den entschlossenen nationalen Forderungen abzubringen, die in nicht ferner Zeit vorgebracht und mit äußerster Entschiedenheit vertreten werden würden. Man merke in Frankreich nicht, daß man mit beratigen Verschimpfungen die alten Konten nicht begleiche, sondern neue eröffne. In den materiellen Konten, die in der einen oder der anderen Form bezahlt würden, kämen noch neue moralische hinzu.

Das Blatt weist an Hand zahlreicher wörtlich wiedergegebener Äußerungen auf die unerhörten Schmähungen gewisser französischer Blätter und Schriftsteller hin, um zu betonen, daß Frankreich sich seit geraumer Zeit in seinen politischen und militärischen Urteilen irre. Die nicht witzigsten Zuspätkommen internationaler Krise Frankreich sei eben durch solche Behauptungen hervorgerufen.

## Geschäftiges Treiben

### Botschafter erhalten Bericht in London und Paris

In diplomatischen Kreisen von Paris und London herrscht ein geschäftiges Treiben. Das englische Kabinett trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, bei der der Text der amtlichen Erklärungen festgelegt wurde, die im Unterhaus und im Oberhaus zur Lage abgegeben wurden. Der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, war zur Berichterstattung nach London beordert worden.

Während der Kabinettsitzung sprachen die Führer der Opposition, Attlee, Greenwood und Sinclair, bei Chamberlain vor, um sich über die letzte Entwicklung der Lage berichten zu lassen.

Vor der Kabinettsitzung hatte Außenminister Lord Halifax im Buckingham-Palast eine einstündige Unterredung mit dem König.

Die Botschafter Rumäniens und Polens trafen am Montagvormittag das englische Außenamt auf.

Dieselbe Geschäftigkeit in Paris. Dort erhaltete der französische Botschafter in Berlin, Coussandre, dem Außenminister Bonnet Bericht über die Lage. Auch der französische Generalkonsul in Moskau, General Nogues, nahm an den Besprechungen der französischen Regierung teil, die gleichzeitig die Reise des Präsidenten der Republik nach London vorbereiteten.

Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Welser, hat Auftrag erhalten, zur Berichterstattung nach Berlin zu kommen.

### Chamberlain vor dem Unterhaus

Am Nachmittag trat dann das englische Unterhaus zusammen, dessen Sitzung die englische Öffentlichkeit angefüllt der beispiellosen Presselampagne mit Spannungs-entwässerung hatte. Der Verlauf der Unter-

suchung war jedoch für alle Kreise, die Sensationen erwartet hatten, enttäuschend. Abgeordnete der verschiedenen Parteien richteten an den Ministerpräsidenten eine Fülle von Anfragen über die englische Haltung zu den jüngsten Ereignissen. Chamberlain beschränkte sich auf eine kurze Erklärung, in der er zum Ausdruck brachte, daß die englische Regierung eine „ernste Auffassung“ von den Ereignissen der letzten Woche habe. „Die Lage erregt die ernste Aufmerksamkeit der englischen Regierung, die sich in Fühlung mit anderen Regierungen befindet.“ Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß er bald eine vollständige Erklärung zu dieser Frage abgeben werde. Vorläufig mühten jedoch erst die Erhebungen abgeschlossen werden. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, daß, soviel er wisse, dem tschechischen Staatspräsidenten Benes vor Annahme des Abkommens vom 15. März kein schriftliches Ultimatum unterbreitet worden sei.

### Auch Brüssel weiß Lügen zurüch

Das belgische Kabinett besetzte sich in einer Sonder-sitzung mit der internationalen Lage. Ministerpräsident Pierlot wurde vom König in Audienz empfangen. Von gewissen Kreisen waren Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, daß die Regierung sich u. a. mit vorbereitenden Maßnahmen für die Herbeiführung des verstärkten Friedenszustandes der belgischen Armee beschäftige. In unabhängigen belgischen Kreisen seien jedoch diese Gerüchte als unzutreffend bezeichnet worden. Es wird betont, daß kein Anlaß zu derartigen Sondermaßnahmen bestehe.

### Norwegische Abfuhr für Seher

Der norwegische Außenminister Rødt trat den Meldungen der französischen Presse aufs entschiedenste entgegen, wonach die deutsche Regierung schon vor zwölf Tagen von den skandinavischen Staaten unter Drohungen verlangt haben solle, sich sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Beziehung Deutschland anzuschließen.

Schließlich gab Chamberlain eine Erklärung ab über die diplomatische Tätigkeit des britischen Botschafters in Berlin, Henderson, in den vergangenen Tagen. Der englische Schatzkanzler Simon knüpfte an die Ausführungen Chamberlains die Mitteilung, daß die Bank von England den Banken und Finanzinstituten, bei denen Guthaben der ehemaligen tschechoslowakischen Regierung, der Nationalbank oder von Privatpersonen deponiert sind, mitgeteilt habe, daß sie auf diese Guthaben ohne Zustimmung des Schatzamtes keine Auszahlungen leisten dürften. Schließlich gab noch der Handelsminister Stanley bekannt, daß die britische Regierung den Entschluß gefaßt habe, eine Handelsabordnung nach Rumänien zu entsenden.